Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsverkäufern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich frei Haus 2 RM. (Halbmonatl. 1 RM.) durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17290 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17290 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—5 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang — Dresden, Dienstag den 20. März 1928 — Nummer 68

Eine Rede Litwinows

Die Sowjetdelegation in Genf verlangt die sofortige Behandlung der russischen Abrüstungsvorschläge

Die russischen Vorschläge

Genf, 20. März. (Eig. Drahtbericht.)

In der gestrigen Nachmittagssitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission wurde unter anderem der Abrüstungsvorschlag der Sowjetregierung behandelt. Genosse Litwinow begründete in ausführlicher Rede die Vorschläge und führte unter anderem aus, daß bei der Ankündigung des sowjetrussischen Abrüstungsvorschlages kein einziges ernsthaftes Argument dagegen vorgebracht worden sei. Es sei nicht zu bestreiten, daß der russische Vorschlag einer völligen, allgemeinen Abrüstung zum ersten Male in endgültiger Form durch die Sowjetregierung dem Völkerbund unterbreitet worden sei. Die Sowjetunion sei stolz darauf, die Initiative ergriffen zu haben. Die Sowjetregierung erachte es als unbedingt notwendig, daß die allgemeine Debatte eine klare definitive Antwort auf die Frage bringen müsse, ob die vorbereitende Konferenz das Prinzip der allgemeinen Abrüstung innerhalb der im Vorschlag festgelegten Frist annehme, und ob sie den Vorschlag annehme, daß

die Abrüstung so durchgeführt werde, damit nach einem Jahre ein Krieg unmöglich sei.

Alle Delegationen und Regierungen hatten Zeit genug gehabt, den Vorschlag zu studieren. **Die Sowjetdelegation** habe sich davon überzeugen können, mit welcher Begeisterung ihr Vorschlag **von den breiten Massen der ganzen** Erde angenommen worden sei. Unzählige Kundgebungen seien ihr zugegangen. **Es sei nunmehr Zeit, von den** theoretischen Diskussionen zu praktischen Schritten überzugehen. Es hätten sich bereits nicht weniger als 38 Völkerbundstagungen und 14 Kommissionen in 120 Sessionen mit der Abrüstungsfrage befaßt. Trotzdem sei nicht ein einziger Schritt zur Verwirklichung der Abrüstung geschehen. Dieser Situation müsse ein Ende gemacht werden. Die Sowjetregierung lehne es ab, daß ihre Vorschläge lediglich zur Vermehrung der Kommissionenbeiträgen. Die Sowjetregierung habe für solche Arbeiten ihre Delegationen nicht entsandt.

Weiter führte Genosse Litwinow aus:

daß die Sowjetunion im Verhältnis zur Größe des Landes eine kleinere Armee und Flotte unterhalte als irgendein anderes Land. Die Rote Armee sei lediglich ein Verteidigungsmittel, und die Sowjetregierung erkläre, daß sie bereit sei, die Rote Armee und Flotte abzuschaffen, sobald die übrigen Staaten denselben Entschluß gefaßt und durchgeführt haben.

Die Sowjetregierung erwarte eine Antwort noch während dieser Tagung, und zwar eine öffentliche Antwort unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung. **Diese Antwort müsse von der Abrüstungskonferenz endgültig sanktioniert werden, deren baldige Einberufung die Sowjetregierung beantrage.** Genosse Litwinow schloß seine außerordentlich eindrucksvolle Rede mit dem Hinweis, daß die Sowjetregierung sich berechtigt glaube, die besondere Unterstützung derjenigen Regierung zu erlangen, die augenblicklich öffentlich den Vorschlag der Beseitigung des Krieges mache.

Der deutsch-russische Konflikt

Berlin, 20. März. (Eig. Drahtbericht.)

Die bürgerliche Presse veröffentlicht in sensationellen Aufmachungen die Mitteilungen, die der gestern aus Sowjetrußland eingetroffene Diplomingenieur der AEG, Hermann Hille, über die Verhaftung gemacht hat. Hille, der selbst nicht verhaftet war, aber der Verhaftung der übrigen deutschen Ingenieure beiwohnte, muß berichten, daß die Verhaftungen ohne jede Brutalität erfolgt sei, und man annehmen dürfe, daß die verhafteten Ingenieure keine Not leiden. Das Achtuhr-Abendblatt bestätigt die Darstellung Hilles, daß die Verhaftungen in milder Form durchgeführt worden sind. Die übrigen deutschen Ingenieure haben nach den Verhaftungen ihrer Kollegen die Arbeit niedergelegt.

*

Die gesamte bürgerliche Presse nutzt die Verhaftung der Ingenieure noch immer zu einer unerhörten Hetze gegen die Sowjetmacht aus. So verbreitet das Dresdner deutschnationale Blatt die Schwindelmeldung, daß die Verhaftungen zu einem „Konflikt Tschitscherins mit der Tscheka" geführt habe und bezeichnet als die Hintergründe der Verhaftungen, die Nationalisierungsmaßnahmen der sowjetrussischen Wirtschaftsbehörden. Im übrigen wiederholt heute morgen die deutschnationale Presse die gestern verbreitete Meldung, daß englische Agenten bei dem Komplott im Donezbecken ihre Hand im Spiele hätten.

*

Das Berliner Tageblatt läßt sich aus London melden, daß in konservativen Kreisen allgemeine Schadenfreude empfunden werde. Die Times meint, es werde wohl einige Zeit dauern, bis die grob gestörten deutsch-russischen Rapallo-Beziehungen wieder eingerenkt werden. Das Blatt stellt mit Genugtuung fest, daß die deutsche Regierung die Erklärungen Tschitscherins nicht als befriedigend erachte und daß die gesamte deutsche Presse Garantien gegen eine Wiederholung solcher Behandlungen deutscher Staatsangehöriger fordert und den praktischen Wert der Verträge mit Sowjetrußland in Frage stellt. Die DAZ vernimmt aus London, daß durch das Vorgehen der Sowjetbehörden im Donezgebiet gegen deutsche Ingenieure und Angestellte der endgültige Beweis erbracht sei, daß es eben unmöglich sei, mit dem Sowjetstaat normale Geschäfte zu machen. Deutschlands Anlehnung an Rußland habe sich als vollkommen verfehlt erwiesen. Ein Wechsel in der deutschen Außenpolitik stehe bevor. Das Berliner Tageblatt berichtet weiter aus Paris:

„Das Echo de Paris findet es amüsant, daß gerade Deutschland von Rußland so respektlos behandelt wird. Deutschland wolle die Westmächte fühlen lassen, daß es noch kräftigere Mittel zur Revision des Versailler Vertrages gebe, als Locarno und Genf. Sauerwein schreibt im Matin: Die vorübergehenden Schwierigkeiten werden unzweifelhaft geregelt werden, aber der Zwischenfall kann nicht ohne Nachwirkung für die deutsch-russischen Beziehungen bleiben."

Die DAZ zitiert aus der Gazett de Lausanne, dem schweizerischen Blatt Poincarés. Das Blatt fordert, die Kündigung des Vertrages von Rapallo als Opfer auf dem Altar der deutsch-französischen Annäherung und des Völkerbundes. Der Temps schreibt am Sonntag:

„Deutschland ist im jetzigen Stadium der Orientierung seiner auswärtigen Politik und der Entwicklung seiner Zusammenarbeit mit den Westmächten verpflichtet, sich moralisch gegenüber Sowjetrußland freizumachen, wenn es seine eigenen Interessen wahrnehmen will."

Die DAZ schreibt weiter: „Ausgerechnet die ausländischen Spezialisten sollen nun zu Sündenböcken gemacht werden, die doch unter schwerster kommunistischer Kontrolle arbeiten... Es ist zu begrüßen, daß die großen deutschen Wirtschaftsverbände sich zu nachdrücklichem Protest zusammengefunden haben, und im ganzen deutschen Volke wird die Aussetzung der Wirtschaftsverhandlungen mit Rußland gebilligt." Die DAZ erinnert an eine Reihe Zwischenfälle ähnlicher Art in den letzten Jahren: an die Haussuchungen in der Sowjetdelegation, in der sich flüchtige deutsche Verbrecher verborgen hätten, an den Zwischenfall Smirnow anläßlich des Sowjetjubiläums in Berlin, an die Verleihung eines Ordens „an den Zuchthäusler Hoelz durch den Kriegsminister Woroschilow", „an die unglaubliche Tatsache daß die streikenden mitteldeutschen Metallarbeiter von der Komintern Streikgelder erhielten", „eines Tages mußte diese einseitige Belastung, die Deutschland mit größter Selbstbeherrschung in Kauf genommen hat, zu einer kritischen Zuspitzung führen". „Sowohl der Vertrag von Rapallo wie der Berliner Vertrag von 1926 wurde im Reichstag von einer erdrückenden Mehrheit des Hauses angenommen.... Anläßlich des Zwischenfalles im Donezbecken nimmt die deutsche öffentliche Meinung ebenso geschlossen gegen das sowjetrussische Vorgehen Stellung".

*

Die Stellungnahme und die unverhohlene Freude, die in der ausländischen Imperialistenpresse zum Ausdruck kommt, beweist, wie der Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen den Feinden Sowjetrußlands gelegen kommt. Deutschland hat sich damit zum Büttel der antisowjetischen Einheitsfront gemacht, und ist auch bereit, die in Locarno [illegible] Landsknechtrolle im Interesse der Imperialisten zu spielen.

Gegen Opportunismus heran an die Massen!

Am 14. März beschäftigten sich das Plenum des Zentralkomitees und am 15. und 16. März eine Reichsparteiarbeiter-Konferenz der KPD mit einer Reihe wichtiger Fragen. Es wurde Stellung genommen zu den **Entscheidungen des 9. Plenums des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale** und zu der konkreten **Anwendung** dieser Beschlüsse auf die Lage in **Deutschland** durch einen gesteigerten Kampf gegen den **Reformismus in Gestalt** der Sozialdemokratie und des **Trotzkismus und die** opportunistischen Auffassungen und Fehler in unserer Partei. Eingehend beschäftigte sich die Konferenz mit den **Aufgaben der Kommunisten in den Wirtschaftskämpfen,** sowie mit der **Vorbereitung der kommenden Wahlen.** Die Aufstellung der Kandidaten zum Reichstag und Preußischen Landtag wurde vom Zentralkomitee und den Vertretern der Bezirke einmütig vollzogen.

Die Partei muß jetzt alle ihre Kräfte auf die Lösung der großen, vor uns stehenden Aufgaben konzentrieren, in jeder einzelnen Bewegung der **Arbeiterschaft das Maximum** an Aktivität entfalten, durch eine **genaue und konkrete** Herausarbeitung der revolutionären **Aufgaben, durch** größere Klarheit und taktische Manövrierfähigkeit den Reformismus wirksamer bekämpfen.

Warum muß die Partei die oppositionellen **Gefahren** als die gegenwärtig aktuellsten **und gefährlichsten** bekämpfen?

Der Trotzkismus **hat sich mit all seinen ultralinken** Mitläufern als Menschewismus **reinster Sorte restlos** entlarvt. Die trotzkistischen Angriffe auf die Kommunistische Internationale sind Angriffe **von rechts her** in demselben Grade, wie es die Angriffe der Sozialdemokratie gegen uns sind. **Alles, was versucht hat, „linker"** zu werden als der Kommunismus, **versinkt immer tiefer und hoffnungsloser** im opportunistischen Sumpf. Die Kommunistische Internationale **und die Kommunistische Partei Deutschlands konzentrieren gegenwärtig ihre Aufmerksamkeit auf den Kampf gegen rechts und sammeln ihre Kräfte in erster Reihe zu diesem Zweck.**

Die Notwendigkeit, die **rechte Gefahr** in den Vordergrund zu rücken, die ganze Partei auf die Notwendigkeit ihrer verstärkten Bekämpfung zu stoßen, wird durch **die gesamte objektive Lage gebieterisch** diktiert. Die in den letzten Jahren eingetretene Festigung des Kapitalismus mußte **auch eine gewisse Konsolidierung der kapitalistischen Agentur** in der **Arbeiterklasse,** der **Sozialdemokratie, nach sich** ziehen. Als Oppositionsspiel gestattet es den Reformisten, von Zeit zu Zeit jene Welle der Linksschwenkung, die jetzt in den Arbeitermassen aller großen Länder Europas vor sich geht, auszunützen und aus ihr politisches Kapital zu schlagen. Andererseits verrät gerade die konsolidierte Sozialdemokratie, gerade die gegen die Regierung des Bürgerblocks „Opposition" spielende SPD, die eifrig danach strebt, die Bürgerblockregierung durch eine neue „demokratische" Koalitionsregierung zu ersetzen am offensten mit selten dagewesenem Zynismus, daß sie den Klassenkampf in Theorie und Praxis vollständig preisgibt. Die SPD setzt das Schlichtungswesen an Stelle der Streiks, die Arbeitsgemeinschaft mit der Bourgeoisie an Stelle des Kampfes gegen sie, die Politik der Großen Koalition zur Unterstützung des bürgerlichen Staates an Stelle seiner revolutionären Sprengung, an Stelle der revolutionären Ersetzung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen Sowjetstaat.

Aus einer dem Imperialismus des eigenen Landes ergebenen Partei hat sich die Sozialdemokratie in einen aktiven Verbündeten **des „eigenen"** Imperialismus verwandelt. Die Kennzeichnung der heutigen Sozialdemokratie als Sozialopportunismus ist in der jetzigen **Entwicklungsstufe** bereits unzureichend. **Die heutige Sozialdemokratie** ist darüber hinaus bewußter, zynischer und aktiver **Sozialimperialismus.** Dies zeigt sich mit besonderer Kraßheit in der aktiven Unterstützung des neuen Vorstoßes des deutschen Imperialismus gegen die Sowjetunion anläßlich der Verhaftung einiger deutscher Spezialisten wegen Beteiligung an der Sabotage im Donezbecken.

Daß sich der Kapitalismus ohne Unterstützung der Sozialdemokratie in Ländern, wie zumindest Großbritannien **oder Deutschland, nicht halten könnte,** ist eine mehr oder minder offenkundige Sache. Daß der Kampf gegen die Sozialdemokratie der Hauptinhalt der jetzigen Ära in der Geschichte der Arbeiterbewegung ist, ist nicht minder offenkundig. Über diese Tatsachen diktieren uns unser Verhalten nicht nur **außerhalb,** sondern auch **innerhalb** der Partei. Diese Tatsachen bestimmen nicht **nur unsere allgemeine äußere Politik, sondern müssen auch in un-**